



Essay

Unnötige Tabaksteuer

Wenn der Staat das Rauchen an immer mehr Orten verbietet, nehmen die gesellschaftlichen Kosten dieses Lasters ab. Es gibt also kaum mehr einen Grund, das Rauchen zu besteuern.

Von Reiner Eichenberger

Rauchen ist ziemlich verrückt. Schon gemäss Packungsaufdruck ist es tödlich und macht impotent. Zudem belastet es die Allgemeinheit mit hohen Gesundheitskosten und schädigt die Passivraucher. Trotzdem ist die heutige Anti-Rauch-Politik mit hohen Steuern und immer mehr Rauchverboten aus ökonomischer Sicht falsch.

Spezielle Steuern für einzelne Produkte wie Zigaretten sind dann sinnvoll, wenn sie im Sinne des Verursacherprinzips die gesellschaftlichen Kosten des Rauchens, die sogenannte Externalitäten, auf die Raucher überwälzen. Denn ohne Extrasteuer würden Raucher ihre negativen Externalitäten vernachlässigen und aus gesellschaftlicher Sicht zu viel rauchen. Die Steuer zwingt sie, die Externalitäten zu berücksichtigen und weniger zu rauchen. Diese schöne Theorie hat aber Nebenwirkungen. Wenn der Staat das Rauchen an immer mehr Orten verbietet, wo es besonders grosse Externalitäten verursacht, nehmen seine gesellschaftlichen Kosten ab. Das ist zwar gut und gewollt, aber damit verliert die spezielle Besteuerung des Rauchens ihre Berechtigung. Muss deshalb die Tabaksteuer, die über 2,2 Milliarden Franken einbringt, aufgehoben werden?

Auch Raucher sterben nur einmal

Das hängt davon ab, wie gross die Externalitäten nach all den Verboten noch sind. Raucher sterben früh und oft grausam. Die Gesundheits- und Sterbekosten werden grossenteils von der Allgemeinheit getragen. Zudem sterben viele Raucher noch während ihres Arbeitslebens, wodurch ihre Produktivkraft verlorengeht. Auf den ersten Blick erscheinen die negativen Externalitäten damit gross und offensichtlich. Tatsächlich aber sind sie klein oder sogar positiv.

Die Behandlungskosten gehen zwar tatsächlich grossenteils zu Lasten der Allgemeinheit. Es sind aber keine zusätzlichen Kosten. Denn auch Raucher sterben nur einmal. Zusätzliche Kosten würden nur dann entstehen, wenn die Behandlung von Rauchern teurer als diejenige von normalen Sterbefällen wäre. Weil aber auch viele Raucher schnell und billig sterben, steigen die Gesundheitskosten bei weitem nicht im Ausmass der heutigen Besteuerung.

Genau so muss auch der Verlust der individuellen Produktivkraft relativiert werden. Denn sie nützt nicht der Gesellschaft, sondern hauptsächlich dem Individuum selbst. Menschen produzieren nicht nur, sondern sie konsumieren auch und zehren so ihr Produkt zumeist selbst auf. Daraus folgt, was schrecklich klingt: Rein wirtschaftlich bringen Durchschnittsmenschen der Allgemeinheit wenig. Wenn sie etwas bringen würden, müsste das nationale Durchschnittseinkommen mit Bevölkerungsgrösse und -wachstum zunehmen. Bekanntlich trifft das nicht zu.



Sozial fragwürdig: Raucher James Dean.

Für die Allgemeinheit schädlich ist nur der frühe Tod besonders produktiver Menschen, weil sie dank progressiven Steuern einen grösseren Teil ihres Einkommens an die anderen abliefern. Gerade diese Menschen rauchen aber deutlich weniger. Schliesslich bleibt auch noch zu berücksichtigen, dass Raucher durch ihren frühen Tod vor allem Rentnerjahre verlieren, in denen sie zwar nicht mehr gearbeitet, aber vermutlich noch viele Leistungen bezogen hätten. Rein finanziell betrachtet, entlastet also das Rauchen die Allgemeinheit. Insofern hat es keine negativen, sondern positive Externalitäten.

Gegen das bisher Gesagte könnte eingewendet werden, die Steuern dienten doch auch zum Schutz der Raucher selbst. Den Rauchern bereitet Rauchen sofortigen Nutzen; die Kosten fallen aber erst in der fernen und ungewissen Zukunft an. Deshalb rauchen sie weiter, obwohl sie die Risiken sehr wohl kennen und eigentlich aufhören möchten. Eine Steuer, die die unmittelbaren Kosten des Rauchens erhöht, kann ihnen deshalb helfen, weniger zu rauchen. Diesen Zusammenhang haben die amerikanischen Ökonomen Jonathan Gruber und Sendhil Mullainathan erforscht. Ihnen zufolge erhöhen Steuern auf Zigaretten die Lebenszufriedenheit von potenziellen Rauchern tatsächlich. Die aus Sicht potenzieller Raucher optimale «Raucherschutzsteuer» ist aber nur ein Bruchteil der heutigen Besteuerung in der Schweiz. Zudem erhöhen auch Rauchverbote die unmittelbaren Kosten der Sucht massiv, was dem Argument der «Raucherschutzsteuer» die Basis entzieht. Überdies kann das «Schutzsteuer-Argument» missbraucht werden. So wird heute mit der Rechtfertigung des Jugendschutzes jungen Rauchern mit der «Schutzsteuer» schnell ein Viertel ihres Lehrlingslohns aus der Tasche gezogen. Was daran gut und sozial sein soll, ist fragwürdig.

Differenzierte Steuern statt Verbote

Aufgrund der bisherigen Analyse müssten also mit der Ausdehnung der Rauchverbote die Tabaksteuern zumindest stark gesenkt werden. Natürlich ist das keine Frohbotschaft für die Nutzniesser der Tabaksteuer. Aber zum Glück gibt es eine ökonomische Alternative: Rauchen sollte nicht verboten, sondern entsprechend seinen Externalitäten besteuert werden. So wäre es doch nur naheliegend, dass in Restaurants keine eigenen mitgebrachten, sondern nur noch im Restaurant gekaufte Zigaretten geraucht werden dürfen – genau wie das bei Getränken und Nahrungsmitteln der Fall ist. Dann könnten «Restaurantzigaretten» besonders hoch besteuert werden, die Wirte könnten am Rauchen verdienen, und der Wettbewerb würde sie zwingen, die Preise für Speis und Trank zu senken und so die Gewinne an die Nichtraucher weiterzugeben.

Reiner Eichenberger ist Professor für Finanzwissenschaften an der Universität Freiburg i. Ü.